

Paul Thorbecke (1882-1928) – Parteimanager, Wahlkampfstrategie und Bürgermeister im Zeitalter von Wilhelminismus, Weltkrieg und Revolution

»Wer hat von jeher durch seine konfessionellen Vereine und Genossenschaften eine Spaltung der Bevölkerung Singens verfolgt und dadurch Zwietracht in die hiesige Bürgerschaft getragen? Das Zentrum! ... Wer boykottiert die liberalen Geschäftsleute in schärfster Form? Das Zentrum... Wer beansprucht unsere Kirchensteuern, behandelt uns aber als verächtliche Taufscheinkatholiken, als verwahrloste kirchliche Bürger II. Klasse? Das Zentrum.¹« Mit diesen überaus scharfen Worten geißelten die nationalliberal geprägten Singener Nachrichten im Kommunalwahlkampf 1912 die Zentrumspartei, der zudem noch vorgeworfen wurde, die Nationalliberalen »in lügenhafter Weise« der Religionsfeindlichkeit zu beschuldigen, es aber zugleich für selbstverständlich zu erachten, »dass wir die aufgetürmten Lasten (der Kirche) zum größten Teile tragen«². Seitens der Zentrumspartei blieb man den Nationalliberalen die Antwort nicht schuldig, so erkannte die Zentrumspartei in den Nationalliberalen nicht den Gegner, sondern den »Feind des katholischen Volkes«³, dessen Grundsätze »in politischer Hinsicht zu rücksichtsloser Beschneidung der Rechte des Volkes, in wirtschaftlicher Hinsicht zur Massenarmut (und) in religiöser Hinsicht zum Unglauben« führten⁴. Vor allem aber sah die Zentrumspartei sich selbst als die wahrhafte Stütze des monarchischen Systems in Baden, wogegen man der Nationalliberalen Partei vorwarf, sich als Schrittmacher des Sozialismus im Großherzogtum zu betätigen. Ausgangspunkt für diesen Vorwurf bildete das 1905 auf Landesebene und einige Jahre später auch in Singen auf kommunaler Ebene zwischen den Liberalen und der SPD geschlossene Wahlabkommen (Großblock-Abkommen) – ein Abkommen, das in der Zentrumspresse nur zu gern als »Rotblock« bezeichnet wurde und

1 Singener Nachrichten (SN) 7.8.1912: Wähler und Steuerzahler!

2 Ebd.

3 So schon bei Theodor Wacker: Der Kampf gegen den badischen Nationalliberalismus. Freiburg 1888, S. 40

4 Warum wählen wir nicht nationalliberal?, in: Der Zentrumswähler 1913, abgedr. bei Hans-Jürgen Kremer (Bearb.): Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. Quellen zur Organisation und Politik der Zentrumspartei und des politischen Katholizismus in Baden 1888-1914. Stuttgart 1983, Nr. 15, S. 71 f.

vor dessen Verlängerung bei Landtags- und Kommunalwahlen die Nationalliberalen stets entschieden gewarnt wurden⁵.

Ähnlich scharf wie die Auseinandersetzungen im Singener Kommunalwahlkampf waren folglich auch die Polemiken, als im Herbst 1912 die Neuwahl des Singener Bürgermeisters anstand: Die Nationalliberalen präsentierten hierbei ihren bisherigen Generalsekretär Paul Thorbecke, dessen »gediegene Geschäftskenntnisse, Geschäftsgewandtheit, umfangreiche wissenschaftliche Vorbildung, Charakterfestigkeit, organisatorische und rednerische Begabung, angenehme Umgangsformen und gute Gesundheit«⁶ ihn als optimale Besetzung für den neu zu vergebenden Bürgermeisterposten erscheinen ließen. Seitens der Zentrumspartei wurde im Gegenzug die Nominierung des Protestanten Thorbecke für den Bürgermeisterposten einer zu 85% katholischen Stadt als gezielte Provokation verstanden – und dies umso mehr, als Thorbecke parteipolitisch kein unbeschriebenes Blatt sei und »als Zentrumsgegner, ja Zentrumschasser, landauf, landab bekannt« sei⁷. Kurz, den Nationalliberalen sei es mit der Aufstellung Thorbeckes um die Förderung ihrer Parteiinteressen, nicht um das Allgemeinwohl gegangen.

Die Schärfe der hier geschilderten Auseinandersetzungen bei der Singener Gemeinderatswahl und den nachfolgenden Bürgermeisterwahlen im Jahr 1912 erklärt sich nur aus der gesamtpolitischen Situation Badens in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende⁸. Anders als in Preußen, wo der kulturkämpferische Elan sowohl der Nationalliberalen wie auch der Zentrumspartei weitgehend abgeflaut war, war Baden seit 1903 von einer neuerlichen Welle des Kulturkampfes erfasst worden. Den Anlass hierzu bildete der so genannte Klostersturm: Mit Hilfe der linksliberalen Parteien und der Sozialdemokratie war es der Zentrumspartei gelungen, einen Landtagsbeschluss herbeizuführen, der den Weg für die Wiedereinrichtung von Männerklöstern im Großherzogtum öffnete. Genau dieser Landtagsbeschluss hatte in der nationalliberalen Presse zu einem Aufschrei geführt und in den folgenden Monaten zu überaus scharfen Pressepolemiken zwischen Nationalliberalen und Katholiken über den Wert und die Bedeutung von Männerklöstern in einem modernen Staat. Mit Hilfe des Großherzogs Friedrich I. war es den Nationalliberalen schließlich gelungen, die Durchführung des Landtagsbeschlusses zu verhindern; in

5 Vgl. SN 19.8.1912: Zentrum und Großblock.

6 SN 27.12.1912: Zur Bürgermeisterwahl.

7 Vgl. Konstanzer Nachrichten (KN) 27.12.1912; vgl. auch Gert Zang: Die Sozialdemokraten ziehen mit Hilfe der Liberalen in den Bürgerrausschuss und Gemeinderat ein und stützen die liberale Stadtverwaltung, in: Ders. (Hrsg.): Arbeiterprovinz. Alltag, Politik und Kultur zwischen Kirchturm und Fabrikschornstein. Singen 1895-1933. Konstanz 1989, S. 314- 332, hier S. 323 f.

8 Zur politischen und gesellschaftlichen Situation in Baden nach 1900 vgl. zuletzt Frank Engehausen: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806-1918. Leinfelden-Echterdingen 2005, S. 175-194; Wolfgang Hug: Kleine Geschichte Badens. Stuttgart 2006, S. 139-150.

eine neue Runde ging die kulturkämpferische Stimmung schließlich 1905 mit der Bildung des so genannten Großblockes: Bedingt durch eine Demokratisierung des Wahlrechtes im Jahr 1904⁹ war die Zentrumsparlei bereits bei den Hauptwahlen des Jahres 1905 in die Nähe der absoluten Mehrheit gerückt, was sämtliche liberale Parteien für die Stichwahlen zum Abschluss eines Wahlabkommens (des bereits genannten Großblock-Abkommens) mit der Sozialdemokratie veranlasste. Aus diesem Stichwahlabkommen entwickelte sich zwischen 1905 und 1917 eine informelle Koalition – eine im wilhelminischen Deutschland einzigartige Kombination –, wobei die Partner durch gemeinsame Interessen in der Bildungspolitik, durchaus auch bei der Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes, in allererster Linie jedoch durch die gemeinsame Frontstellung gegen die Zentrumsparlei, zusammengeschweißt wurden.

Neben dem liberalen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Edmund Rebmann konnte Paul Thorbecke, der zwischen 1909 und 1913 das Amt des Generalsekretärs der Nationalliberalen Partei (NLP) begleitete, als einer der wichtigsten Befürworter des Großblockbündnisses gelten, so dass ihm mit Notwendigkeit der gesamte Zorn der Zentrumspresse bei seiner Kandidatur für das Amt des Singener Bürgermeisters entgegenschlug. Dies war um so mehr der Fall, als es sich bei Thorbecke um einen organisatorisch ungemein befähigten Mann handelte, der innerhalb von nicht einmal vier Jahren die Nationalliberale Partei grundlegend reformiert hatte und nach einer längeren Phase des Niedergangs wieder zu einer echten Konkurrenz für das gerade im katholischen Südbaden jetzt dominierende Zentrum gemacht hatte. Auch für die noch junge, rasant expandierende Industriestadt Singen konnte die Wahl des begnadeten Organisators Thorbecke zum Bürgermeister Ende 1912 durchaus einen Gewinn bedeuten.

Wenn im Folgenden ein Porträt Thorbeckes gezeichnet wird, so besteht in diesem Rahmen die Möglichkeit, einen Blick auf die inneren Strukturen und Arbeitsweisen der Nationalliberalen Partei in Baden kurz nach der Jahrhundertwende zu werfen. Dabei kann aufgezeigt werden, wie Thorbecke versucht hat, die Strukturen der NLP zu professionalisieren und aus einer Honoratiorenparlei eine an die Bedürfnisse eines (entstehenden) politischen Massenmarktes angepasste Partei zu formen. »Umgekrempelt« hat Thorbecke freilich nicht nur die Strukturen der NLP, sondern auch deren Wahlkampforganisation, so dass nunmehr erstmals Wahlkämpfe nach »amerikanischem« Muster¹⁰, wie die Zeitgenossen neidvoll konstatierten, geführt wurden – mit dem Erfolg, dass bei den Reichstagsnachwahlen 1911 der I. Badische Wahl-

9 Zur Wahlrechtsreform des Jahres 1904 vgl. Hans Fenske: Endlich auf neuen Wegen. Die Verfassungsreformen von 1904 und 1906. In: Otto Borst (Hrsg.): Ein Jahrhundert beginnt. Baden und Württemberg 1900 bis 1914. Stuttgart 1996, S. 55-68.

10 Deutsche Reichspost 1.11.1911.

kreis (Konstanz – Überlingen) nach über 20 Jahren Dominanz der Zentrums-
partei zurückerobert werden konnte.

Neben der Beschäftigung mit dem Parteimanager und Wahlkampforganisator Thorbecke setzt sich der Aufsatz mit liberaler Kommunalpolitik im ausgehenden Kaiserreich auseinander, wobei Chancen und Handlungsspielräume eines liberalen Bürgermeisters in einer nach der Jahrhundertwende rasch expandierenden Industriestadt aufgezeigt werden sollen. Steht das Vorkriegsjahrzehnt allgemein für Wachstum und Prosperität, gerade auf der Ebene der Kommunen, so erhielt diese Wachstumsperiode durch den Ersten Weltkrieg einen erheblichen Einbruch. Welche Folgen hatte der Erste Weltkrieg für die Grenz- und Industriestadt Singen und wie ist Thorbecke, der ja als Parteistrategie mehrfach sein organisatorisches Talent unter Beweis gestellt hatte, mit diesen Problemen fertig geworden?

I.

Der am 10. Juni 1882 in Heidelberg als Sohn von Gymnasialprofessor August Thorbecke¹¹ geborene Paul Thorbecke besuchte zunächst Volksschule und Gymnasium in Heidelberg¹², um anschließend in seiner Vaterstadt sowie in Leipzig Rechtswissenschaften zu studieren. Daneben beschäftigte sich Thorbecke auch mit historischen Fragen, so dass er bereits in jungen Jahren eine ganze Reihe von Aufsätzen zur badischen Geschichte und insbesondere zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert vorlegen konnte¹³. Im rechtswissenschaftlichen Bereich setzte sich Thorbecke vor allem mit Fragen des öffentlichen Rechts auseinander; auf das erste juristische Staatsexamen 1905 folgte eine insgesamt vierjährige Zeit als Rechtspraktikant, u. a. war er bei der Stadtverwaltung in Heidelberg sowie beim großherzoglichen Bezirksamt in Kehl tätig. Nach dem zweiten Staatsexamen im Herbst 1909 assoziierte sich Thorbecke mit Wilhelm Frey, der ab 1911 an der Spitze der badischen Jungliberalen stand.

- 11 Zu August Thorbecke vgl. Ferdinand Rösiger (Bearb.): Chronik der Stadt Heidelberg für das Jahr 1912. 20. Jahrgang. Heidelberg 1915, S. 232-237; August Thorbecke war Leiter der höheren Mädchen-Schule Heidelbergs, die allmählich zum ersten Lehrerinnenseminar Badens ausgebaut wurde. Zudem lehrte August Thorbecke als Privatdozent Geschichte an der Universität und gehörte für die Nationalliberalen dem Heidelberger Bürgerausschuss an.
- 12 Vgl. Lebenslauf des Rechtsanwalts Paul Thorbecke in Karlsruhe. In: Stadtarchiv Singen IV 2/22-f.
- 13 Vgl. Die badischen Landstände, insbesondere die Zweite Kammer: Landtagshandbuch mit Unterstützung der Zweiten Kammer herausgegeben von Adolph Roth und Paul Thorbecke, Karlsruhe 1907; Paul Thorbecke: Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode. Bilder in Briefen an Gervinus, Mathy und Fr. D. Bassermann. In: Deutsche Revue 34,2 (1909), S. 92-105 u. 208-225.

Neben der Tätigkeit als Anwalt wurde Thorbecke noch im selben Jahr als »junger Mann« des Parteivorsitzenden Edmund Rebmann an die Spitze des Generalsekretariats der Nationalliberalen Partei Badens gerufen. Diese befand sich nach den Landtagswahlen 1909 vorläufig auf dem Tiefpunkt ihrer bisherigen Entwicklung. Seit der liberalen Wende der Jahre 1859/60 war es der nationale Liberalismus gewohnt, »regierende Partei« (Lothar Gall) im Großherzogtum zu sein – mochten auch keineswegs alle Minister Mitglieder der Nationalliberalen sein, so standen sie der Partei doch nahe und jede großherzogliche Regierung musste mit ihren Gesetzesvorhaben Rücksicht auf die Stimmung innerhalb der über lange Jahre dominierenden nationalliberalen Landtagsfraktion nehmen. Einen letzten Höhepunkt hatten die badischen Nationalliberalen am Ende der 1880er Jahre erreicht, als die Sozialdemokratie in der badischen Kammer noch kaum vertreten und die Katholische Volkspartei von inneren Grabenkämpfen zerrissen und von 19 auf neun Kammermandate zurückgefallen war¹⁴. Mit dem Freiburger Katholikentag des Jahres 1888 kam es jedoch zur Gründung der Badischen Zentrumspartei und damit einhergehend zum Aufstieg des politischen Katholizismus beim gleichzeitigen Niedergang des Liberalismus. Innerhalb nur weniger Jahre gelang es dem energischen und enorm aggressiv auftretenden Vorsitzenden des Badischen Zentrums, Theodor Wacker, die Vorherrschaft der Nationalliberalen Partei zu brechen, so dass schon in der Mitte der 1890er Jahre die lange Zeit selbstverständliche absolute Kammermehrheit der Nationalliberalen verloren ging. Freilich kam es nach dem Auslaufen der Sozialistengesetze auch in Baden zu einem schrittweisen Erstarken der Sozialdemokratie. Seit Ausgang der 1890er Jahre war es schließlich eine recht inhomogene Koalition aus Zentrum, SPD und den beiden linksliberalen Fraktionen, die energischen Druck auf die Nationalliberale Partei ausübte, in die Durchführung einer Wahlrechtsreform einzuwilligen, die lange Zeit hinausgezögert, letztlich aber nicht verhindert werden konnte. Die Wahlrechtsreform wurde 1904 verabschiedet und führte zu einer erheblichen Demokratisierung der politischen Verhältnisse Badens: Zentral war dabei einerseits die Vermehrung der Wahlkreise von 63 auf 73, sowie andererseits die Einführung des direkten Wahlrechts. Beide Maßnahmen kamen letztlich dem Zentrum zugute: Bisher waren durch die Wahlkreisgeografie städtisch-protestantische Wahlbezirke gegenüber agrarisch-katholischen Gebieten klar bevorzugt – ein Umstand, der nunmehr wegfiel und es der Zentrumspartei ermöglichte, ihr Stimmpotential stärker als bisher zur Geltung

14 Überblick über die Entwicklung der Parteien im Großherzogtum Baden zwischen Kulturkampf und Jahrhundertwende zuletzt bei Engehausen: *Kleine Geschichte Großherzogtum Baden* (wie Anm. 8), S. 158–180; ausführlich zum Niedergang der Nationalliberalen und zur Wahlrechtsreform des Jahres 1904 vgl. Renate Ehrismann: *Der regierende Liberalismus in der Defensive. Verfassungspolitik im Großherzogtum Baden 1876–1905*. Frankfurt a. M. 1993.

zu bringen. Vor allem aber entfiel jetzt für die Nationalliberalen die Möglichkeit, bei der Wahlmännerwahl mit Hilfe des Wahlkommissärs – in der Regel der Bezirksvorstand, der politisch so gut wie immer der NLP nahe stand – die Wahlmänner im Sinne des regierenden Liberalismus zu beeinflussen.

Die Folgen der Wahlrechtsreform bekamen die Nationalliberalen bei der Landtagswahl 1905 zu spüren: Die absolute Mehrheit der Zentrumspartei konnte jetzt nur noch durch das auf den ersten Blick widersinnige Zusammengehen mit Linksliberalen und Sozialdemokraten verhindert werden. Doch wollte man seitens der NLP »lieber im roten Meer ersaufen als im schwarzen«¹⁵, galt es doch unbedingt, die Zentrumspartei vom Landtagspräsidium und vom Einfluss auf die Regierungspolitik fernzuhalten. Dies führte schließlich dazu, dass auch bei den Landtagswahlen 1909, dieses Mal sogar bereits bei den Hauptwahlen, ein Wahlkampfabkommen mit der Sozialdemokratie geschlossen wurde – zwar erreichte der Großblock eine Mehrheit, die NLP fiel bei diesen Wahlen jedoch noch hinter die Sozialdemokratie zurück und war nur noch dritte Kraft in ihrem Stammland Baden.

In dieser Situation hatte Thorbecke die Aufgabe übernommen, eine Partei zu reorganisieren, deren Strukturen gegenüber Zentrum und Sozialdemokratie als rückständig angesehen werden mussten. Die SPD hatte bereits in der Illegalität bis 1890 eine straff geführte, in Reichs- und Landtagswahlkreise gegliederte Parteiorganisation ausgebildet; das Zentrum war 1888 durch Theodor Wacker reorganisiert worden und hatte neben der Landesorganisation Provinzialkomitees in Konstanz, Heidelberg und Freiburg geschaffen¹⁶. Zudem verfügte der politische Katholizismus über die Unterstützung der seit dem Ende der 1880er Jahre ausgebildeten kirchlichen Standesvereine und des Badischen Bauernverbandes; vor allem aber erlebte seit der Jahrhundertwende der Volksverein für das Katholische Deutschland in Baden einen merklichen Aufschwung. Mit Hilfe des Volksvereins konnten insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Zentrumspartei in Schulungskursen popularisiert werden, zugleich leistete der straff gegliederte Volksverein der Zentrumspartei wichtige Unterstützung bei den Wahlkämpfen¹⁷.

15 Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bände. Köln 1927-1932, hier Bd. 8, S. 147; zum Großblock vgl. die oben genannten Literaturangaben in Anm. 8; aus Sicht der Liberalen vgl. Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Stuttgart 1976.

16 Zur Reorganisation des badischen Katholizismus im Gefolge des Freiburger Katholikentages 1888 vgl. Bachem: Zentrumspartei Bd. 8 (wie Anm. 15), S. 114 ff.

17 Zum Volksverein für das katholische Deutschland in Baden vgl. Hans-Jürgen Kremer: Der Volksverein für das katholische Deutschland in Baden 1890-1933. Ein Beitrag zur Organisations- und Wirkungsgeschichte des politischen und sozialen Verbandskatholizismus. In: Freiburger Diözesan-Archiv 104 (1984), S. 208-280.

Die Situation bei den Nationalliberalen war dadurch gekennzeichnet, dass trotz des Vorhandenseins liberaler Ortsvereine diese so gut wie kaum Aktivität entwickelten und in der Regel nur im Vorfeld von Wahlen Wahlkampfkomitees bildeten, die ihre Tätigkeit nach erfolgter Wahl wieder einstellten. Damit konnten freilich nicht, nachdem in Baden 1904 die direkten Wahlen auf Landesebene eingeführt worden waren, die Urwähler im entscheidenden Maß beeinflusst werden. Insgesamt zeichnete Thorbecke im Juni 1910 ein erschütterndes Bild der Agonie. »In einzelnen Wahlkreisen schläft aber das politische Leben innerhalb unserer Partei vollkommen. Dort werden keine Besprechungen und Versammlungen abgehalten, und es geschieht nichts, um die bei den letzten Landtagswahlen angeknüpften Beziehungen zwischen Wählerschaft und örtlicher Parteileitung zu festigen. Das kann so nicht weitergehen! – Wir müssen uns auch daran gewöhnen, dass es heutzutage nicht mehr ausreicht, einige Wochen vor den Wahlen mit der Agitationsarbeit zu beginnen, sondern dass nur durch eine stete Fühlungnahme der Partei mit allen Schichten der Bevölkerung und eine andauernde Kleinarbeit, deren Leitung den Parteiorganisationen zufällt, unserer Partei die alten Anhängermassen bewahrt und neue zugeführt werden können.«¹⁸ In diesem Schreiben hatte Thorbecke im Grunde genommen bereits sein Programm formuliert. Gleich in den ersten Monaten seiner Amtszeit versandte der neue Generalsekretär an alle ihm bekannten Ortsvorstände Fragebögen, auf denen diese u.a. Angaben zur Zusammensetzung der örtlichen Vorstände, zur Zahl der Delegierten und zur Vertretung des Ortsvereines im Bezirksvorstand machen mussten¹⁹. Auch sollten sie darüber Auskunft geben, welche Veranstaltungen wahrgenommen wurden, ob sich Redner aus den Reihen des Ortsvereins auch für Veranstaltungen außerhalb des eigenen Amtsbezirkes zur Verfügung stellten und welche Themen auf den örtlichen Versammlungen behandelt wurden. Die mittels der Fragebogenaktion festgehaltenen Ergebnisse wurden in einer Kartothek zusammengefasst²⁰. Zudem wurde in einem Kartenregister, das in zweifacher Ausfertigung existierte (einmal gegliedert nach Reichstagswahlkreisen, das zweite Mal nach Landtagswahlkreisen), festgehalten, in welchen Orten liberale Vereine existierten; wo es keine liberalen Vereine gab, bemühte sich der Generalsekretär einzelne Vertrauensmänner²¹

18 Vertrauliches Rundschreiben Thorbeckes an alle Parteigliederungen im Juni 1910, in: Generallandesarchiv Karlsruhe 69 P 36/240, zit. bei Paul Rothmund: Kampf um die Macht – Die Blockpolitik in Baden, in: Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979, S. 116-130, hier S. 123.

19 Zur Fragebogenaktion vgl. Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 243, 245 f.

20 Zu Kartothek und Kartenregister vgl. Mark Willock: Die Nationalliberale Partei in Baden 1905-1913. In: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 9 (2001), S. 71-188, hier S. 92; Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 246.

21 Zur Kontaktpflege mit den Vertrauensmännern vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 93 f.

der Partei ausfindig zu machen, zu denen natürlich ebenfalls soweit als möglich Kontakt gepflegt wurde und deren Wirkungsstätte ebenfalls im Kartenregister festgehalten wurde. Durch diese systematische Bestandsaufnahme der liberalen Organisation sollte in Zukunft eine bessere Koordination von Wahlkämpfen möglich sein, insbesondere sollte festgelegt werden, wo man sich mit welchen Themen befasste oder versierte Redner zum Einsatz kommen sollten. Um eine bessere Betreuung der Mitglieder und auch eine Unterstützung der Ortsvereine garantieren zu können, wurde das Karlsruher Generalsekretariat von Thorbecke in vier Abteilungen untergliedert²², deren erste sich mit Organisation und Agitation befasste, eine zweite mit Schriftenvertrieb, die dritte bildete das liberale Pressebüro für Baden, die vierte gab den »Deutschen Volksboten«, eine nationalliberale Wochenzeitschrift, heraus. Neben dem Generalsekretariat wurden weitere Parteisekretariate, u. a. in Mannheim, Müllheim und St. Georgen geschaffen. Eine Rechtsauskunftsstelle bestand darüber hinaus in Donaueschingen²³.

Als Generalsekretär legte Thorbecke Wert auf eine überaus intensive Korrespondenz mit den einzelnen Ortsvereinen, die er immer wieder in Schreiben zu erhöhter Aktivität aufforderte, was sich in einer entsprechenden Ausweitung der Korrespondenz des Generalsekretariats bemerkbar machte. Ermahnt wurden immer wieder Abgeordnete, denen noch immer nicht klar war, dass man sich auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, intensiver als dies bisher der Fall war, um einen Wahlkreis kümmern müsse²⁴. Zudem erwartete der Generalsekretär von den örtlichen Parteiorganisationen, über ihre Aktivitäten informiert zu werden, selbst an örtlichen Generalversammlungen teilzunehmen, Redner zu vermitteln oder selbst als Redner aufzutreten. Selbstverständlich bot das Generalsekretariat auch Rhetorikkurse an.

Um ein attraktives Vereinsleben auch außerhalb der Wahlkampfagitation zu bieten, wies Thorbecke die örtlichen Parteiorganisationen auch nachdrücklich darauf hin, Veranstaltungen geselligen Charakters anzubieten²⁵. So sollten Lichtbildvorträge zu Themen wie Geschichte, Verfassungsrecht oder Landeskunde angeboten, oder auch Veranstaltungen patriotischen Inhalts durchgeführt, so die Bismarckfeiern, oder aber Berichte über »unsere badischen Truppen im Kriege 1870/71« gehalten werden. Zudem kam man erst jetzt auf den Gedanken, in einigen Amtsstädten ganz unverbindlich Sommerfeste durchzuführen, genauso wie in Emmendingen 1912 ein großes Landespartei fest mit

22 Vgl. Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 247.

23 Zur Gründung weiterer Parteisekretariate der badischen Nationalliberalen vgl. Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des Deutschen Reiches. Berlin 1914/1915, S. 430.

24 Vgl. das Schreiben Thorbeckes an den Konstanzner Stadtrat Rebholz zit. bei Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 100.

25 Zu den von Thorbecke initiierten Veranstaltungen vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 96.

immerhin 4.000 Teilnehmern stattfand. Damit einhergehend wurde insgesamt die Versammlungstätigkeit intensiviert. Für das Jahr 1912 konnte Thorbecke dem Parteivorsitzenden von 1.500 Versammlungen berichten – ergänzt wurden die Ergebnisse der Versammlungen durch eine halbe Million Flugblätter, die bereits im ersten Amtsjahr Thorbeckes versandt worden waren²⁶.

Zielten die bisher beschriebenen Maßnahmen Thorbeckes vor allem auf eine Verstärkung der Wahlkampf- und Agitationstätigkeit der einzelnen Ortsvereine, so bemühte sich Thorbecke nunmehr auch darum, eine Organisation der Nationalliberalen Partei – diese bestand bisher nur auf Landesebene, Lokalebene sowie auf der Ebene der Amtsbezirke – auf der Ebene der Reichs- und Landtagswahlkreise zu schaffen. Regelmäßig wurden nunmehr Wahlkreisversammlungen abgehalten, auf denen über die Agitation beraten und die Arbeit der einzelnen Ortsvereine bzw. Vertrauensmänner koordiniert werden sollte²⁷.

Schließlich hat Thorbecke sich nicht nur darum bemüht, die Strukturen der Partei in den einzelnen Regionen des Landes zu stärken, sondern auch den Versuch unternommen, unterschiedliche Berufsgruppen dezidiert für die nationalliberale Politik zu gewinnen. In diesem Sinne regte er die Gründung von Sonderausschüssen²⁸ an. Neben einem Ausschuss für Landwirtschaft, einem Ausschuss für Kommunalpolitik sowie einem Ausschuss, der sich mit Fragen für Industrie und Handel beschäftigte, sollte eigens ein Arbeiterausschuss gegründet werden. Insbesondere die Förderung dieses Ausschusses lag Thorbecke am Herzen, sollten doch Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei in jedem Industriebetrieb und jeder Branche gewonnen werden. Folglich wurden Agitationskurse extra für Arbeiter durchgeführt und auch entsprechende Flugblätter und Broschüren, die sich speziell an Arbeiter wandten, entworfen. Die Erfolge dieser Kampagne blieben jedoch begrenzt. Immerhin war die Arbeiterschaft in einigen ländlichen nationalliberalen Vereinen im Schwarzwald recht gut repräsentiert; zudem gehörten mit Thorbecke, dem Parteivorsitzenden Rebmann und Thorbeckes Anwaltkollegen Wilhelm Frey drei Mitglieder der Parteispitze dem Karlsruher Arbeiterbildungsverein an. Insgesamt aber spielten Arbeiter in den nationalliberalen Vereinen eine nachgeordnete Rolle. Dies lag einerseits an dem erheblichen Organisationsrückstand der Liberalen, gab es doch in fast allen Gebieten des Landes bereits schon freie oder christliche Gewerkschaften sowie katholische Arbeitervereine, so dass es kaum mehr möglich erschien, die Arbeiterschaft noch in

26 Vgl. Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 246.

27 Vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 94; Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 248.

28 Zur Bildung der Sonderausschüsse vgl. Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 251; zu den Bemühungen der NLP, Anhänger unter der Arbeiterschaft zu gewinnen vgl. ebd., S. 251 f.; Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 128-134.

einem liberalen Verein zu organisieren. Außerdem fürchteten viele lokale Parteihonoratioren, durch die Gründung eines Arbeitervereins ihre Kräfte zu stark zu verzetteln, genauso wie die gemeinsame Arbeit mit Vertretern sozialer Unterschichten für viele örtliche Parteigrößen nur schwer vorstellbar war. Folglich gelangten Arbeiter so gut wie nie in örtliche Vorstände²⁹.

Waren die Erfolge bei der Organisation der Arbeiterschaft somit überschaubar, so ist es Thorbecke in seiner ja letztlich nur kurzen Amtszeit insgesamt jedoch gelungen, eine rasante Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen der Nationalliberalen zu erreichen. So wuchs die Zahl der liberalen Vereine im Zeitraum von nur vier Jahren (zwischen 1909 und 1913) von 135 auf 247, im Jahr 1911 verfügten die Nationalliberalen über 30.362, zwei Jahre später mehr als 33.320 Mitglieder: Damit hatte die NLP knapp 12.000 Mitglieder mehr als die badische Sozialdemokratie!³⁰

Neben der Parteiarbeit musste auch die liberale Pressearbeit reorganisiert bzw. besser koordiniert werden. Auch hier waren die liberalen Parteien gegenüber Zentrum und SPD klar in Rückstand geraten: Die SPD verfügte in Baden zwar über nur sehr wenige, dafür auflagenstarke Organe in den Großstädten des Landes wie die Mannheimer »Volksstimme« und den Karlsruher »Volksfreund«³¹. Organisiert waren die SPD-Blätter als Genossenschaften, die Redakteure waren Angestellte der Partei. Auch bei der katholischen Presse war eine enge Verbindung zur Zentrumspartei gegeben: Hier waren die Redakteure der um die vierzig katholischen Zeitungen des Landes zugleich in den örtlichen Vorständen des Zentrums und der katholischen Vereine. Die Presse des Zentrums war dezentral, die Mehrzahl der katholischen Blätter erschien in kleinen Amtsstädten und erreichte eine Auflage von jeweils zweibis dreitausend Exemplaren³². Die katholischen Zeitungen befanden sich

29 Vgl. die Auswertung bei Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 130.

30 Zur Mitgliederentwicklung der badischen Nationalliberalen vgl. Rothmund: Kampf um die Macht (wie Anm. 18), S. 123; Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 243 f. – Eine durchaus vergleichbare Entwicklung von einer Honoratiorenpartei hin zu einer zumindest im Ansatz an die Strukturen eines politischen Massenmarktes angepassten Partei durchliefen kurz nach der Jahrhundertwende auch die sächsischen Nationalliberalen. Auch hier kam es zu einer Straffung der Organisation sowie zum Versuch, die Basis der Partei auch auf kleinbürgerliche Schichten und Arbeiter auszuweiten, so dass schließlich die Mitgliederzahl der sächsischen NLP von 1.500 (1896) auf 20.000 (1910) gesteigert werden konnte. Anders als in Baden verfügte die sächsische NLP jedoch durch die Unterstützung des Verbandes Sächsischer Industrieller über erhebliche finanzielle Mittel, vgl. Karl Heinrich Pohl: Ein zweiter politischer Emanzipationsprozess des liberalen Unternehmertums, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Vierzehn Beiträge. Göttingen 1994, S. 231–248, insbes. S. 238–240.

31 Überblick über die Presse der badischen Sozialdemokratie bei Jörg Schadt/Wolfgang Schmieder: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979, S. 356; zur Struktur der Presse im Großherzogtum Baden allgemein vgl. Fred-Ludwig Sepaintner: Die Badische Presse im Kaiserreich – Spiegelbild der Parteienverhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg. In: ZGO 128 (1980), S. 403–413.

32 Überblick über die Presse der badischen Zentrumspartei in: Die Badische Zentrumspartei. Satzung und Organisation. Mai 1920. Karlsruhe 1920 – Hinterer Einband.

dabei im Besitz von Aktiengesellschaften – freilich setzten sich die Aktionäre ausschließlich aus Anhängern oder Mitgliedern des Zentrums zusammen. Demgegenüber verfügten die badischen Linksliberalen nur in ihrer Parteihochburg Mannheim mit der »Neuen Badischen Landeszeitung« über eine bedeutendere Tageszeitung, daneben erschienen auf linksliberaler Seite noch der auflagenschwächere »Badische Landesbote« in Karlsruhe und seit 1908 die »Neue Konstanzer Abendzeitung« in der Bodenseemetropole³³. Die Nationalliberalen verfügten sogar nur über eine einzige eigene Zeitung, die »Badische Landeszeitung«, deren Wirkungsfeld sich in erster Linie auf den Karlsruher Raum erstreckte. Immerhin gab es rund fünfzig Blätter, deren Verleger sich als nationalliberal bezeichneten, doch behielten diese sich Meinungsfreiheit vor, so dass die nationalliberale Presse keineswegs geschlossen agierte³⁴. Thorbecke versuchte dem entgegenzuwirken durch gemeinsame Besprechungen mit Verlegern und Redakteuren sowie durch die Herausgabe der »Badischen Nationalliberalen Correspondenz« (BNC). Diese erschien während der Sitzungsperioden von Reichs- und Landtag täglich und beinhaltete u. a. Stimmungsberichte aus den Parlamenten und grundsätzliche Stellungnahmen der Partei zu aktuellen Tagesfragen. Insgesamt sollte die BNC den Redakteuren der nationalliberalen Blätter eine Richtlinie für ihre politische Berichterstattung, insbesondere der Landespolitik, geben. Doch waren nur rund die Hälfte der nationalliberalen Zeitungen bereit, sich finanziell an der Herausgabe der BNC zu beteiligen, von den anderen Blättern wurde der Erhalt der Korrespondenz als selbstverständlich angesehen. Bei einem Teil der Blätter war es sogar so, dass die BNC als ein »unberechtigter Versuch einer Bevormundung der Redaktion durch das Parteisekretariat, der sich eine unabhängige Redaktion nicht unterwerfen darf«, angesehen wurde.³⁵ Auch traf die von der BNC propagierte Großblockpolitik bei einem Gutteil der Redakteure auf Widerstand. Angesichts geringer finanzieller Mittel konnte die NLP auch kaum mehr in die Presse investieren, so dass Thorbecke zwar den richtigen Weg für deren Organisation aufgezeigt hatte, jedoch nicht mit allen Vorschlägen durchdrang.

Neben der Presse hat Thorbecke schließlich mit der badischen nationalliberalen Bibliothek noch eine Flugschriftenreihe begründet³⁶, die eine durchaus gelungene Antwort auf die wirkmächtigen Informationsbroschüren der Zentrumspartei darstellte.

33 Vgl. Sepaintner: Die badische Presse im Kaiserreich (wie Anm. 31), S. 407.

34 Zur nationalliberalen Presse insbes. vgl. Thiel: Die Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 249-251; Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 109-116.

35 Badische Nationalliberale Correspondenz 13.4.1910, zit. bei Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 251.

36 In dieser Reihe erschien u. a. Thorbeckes Polemik: Zentrum und Sozialdemokratie in Baden. Eine Aufklärung über Wackers Sammlungspolitik. München 1911 (=Badische Nationalliberale Bibliothek Heft 4)

Die erste Bewährungsprobe für die Reformen Thorbeckes bildete die Reichstagsnachwahl im Oktober 1911 im ersten badischen Reichstagswahlkreis. Diese war notwendig geworden, nachdem der bisherige Amtsinhaber Friedrich Hug, der den Wahlbezirk über zwanzig Jahre für die Zentrumspartei verteidigt hatte, im August 1911 gestorben war. Die Nachwahlen wurden von Thorbecke im Zusammenspiel mit dem örtlichen Kandidaten Hermann Schmid³⁷ generalstabsmäßig geplant und endeten mit einem vollständigen Erfolg. Die Nationalliberalen konnten bei diesen Wahlen einen schon lange verloren gegangenen Bezirk wiedergewinnen und glaubten, optimistisch in die Zukunft blicken zu können³⁸. Die Durchführung des Wahlkampfes erfolgte dabei nach amerikanischem Vorbild: Mit Gärtnermeister Schmid war ein volkstümlicher Kandidat, der das Vertrauen beider örtlichen liberalen Parteien genoss, gefunden, demgegenüber der adlige Gegenkandidat der Zentrumspartei als publikumsfern präsentiert werden konnte³⁹. Eine zugkräftige Parole wurde zudem dadurch gewonnen, dass die Zentrumspartei für die Erhöhung der Verbrauchersteuern im Jahr 1909 verantwortlich gemacht wurde, kurz die Zentrumspartei war Schuld an der Erhöhung der Kaffee-, Branntwein-, Tabak- und Zündholzpreise⁴⁰. Unterstützung erhielt Schmid auf Vermittlung Thorbeckes in seinem Wahlkampf durch eine ganze Reihe prominenter Redner aus Reichs- und Landtag⁴¹, wobei man davon profitierte, dass diese sich im Herbst 1911 selbst nicht zur Wahl stellen mussten, also verfügbar waren. Auf publizistischem Gebiet wurden für die einzelnen Gemeinden extra Broschüren gedruckt, die genau auf örtliche Probleme und Forderungen abgestimmt waren. Die Wählerbearbeitung dauerte dabei bis zum Tag der Wahl an. Seitens der Liberalen wurden nunmehr konsequent »Schleppdienste« eingesetzt, die die Wähler mit Automobilen, im Bereich des Bodensees sogar mit Motorbooten abholten und zum Wahllokal fuhren⁴². Um auf

37 Zu Schmid vgl. Herbert Berner: Hermann Schmid (1872-1915), in: Singener Jahrbuch 1979, S. 22-39.

38 Vgl. SN 23.10.1911: Das Volksgericht über das Zentrum; SN 28.10.1911: Glänzender Sieg der Freiheit. Der Zentrumsturm im Seekreis zusammengebrochen! Ein Bravo unsern freigesinnten Männern.

39 Vgl. den Wahlkampfaufwurf der Nationalliberalen in den SN 1.9.1911, in dem die Wähler aufgerufen wurden: »Wählt keinen adeligen Beamten ... wählt den (Schmid), der Eurem Herzen näher steht.«

40 In diesem Sinne stellte die vom Zentrum mitgetragene Reichsfinanzreform schlicht ein »unsoziales Flickwerk« (SN 1.9.1911), eine »volksfeindliche Tat« (SN 11.9.1911), schlicht »schmachhellen Volksverrat« (SN 11.10.1911) dar.

41 Bspw. erhielt Schmid auf seiner Wahlkampfveranstaltung am 15. Oktober 1911 in Singen Unterstützung durch Ernst Bassermann, Edmund Rebmann und Oskar Muser, den Fraktionsvorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei im badischen Landtag (vgl. SN 11.10.1911).

42 Zu den Methoden im Wahlkampf der Jahre 1911/1912 vgl. auch Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 98 f.

alles vorbereitet zu sein, wurden im Vorfeld der Wahlen die nationalliberalen Stimmzettel sogar in doppelter Ausfertigung verteilt – schließlich musste man damit rechnen, dass von Seiten des Zentrums der Pfarrer seinerseits von Haus zu Haus ging, um die liberalen Stimmzettel wieder einzusammeln. Während des gesamten Wahlkampfes hat Thorbecke die örtlichen liberalen Funktionäre von Karlsruhe aus immer wieder zu Höchstleistungen angespornt, genauso wie er sich nachdrücklich um Spenden zur Finanzierung des kostenträchtigen Wahlkampfes bemüht hat. Bereits das Erreichen der Stichwahl bedeutete für Schmid einen Erfolg; nachdem der SPD-Kandidat Karl Großhans ausgeschieden war, konnte Schmid bei der Stichwahl auf die Unterstützung auch der sozialdemokratischen Wähler rechnen, so dass er Ende Oktober 1911 in den Reichstag einziehen konnte⁴³. Entsprechend groß war die Freude bei den Nationalliberalen, die ihren Kandidaten im Rahmen eines Fackelzuges feierten und in der festen Überzeugung lebten, bei den nächsten ordentlichen Reichstagswahlen im Februar dem Zentrum gleich mehrere Wahlkreise wieder abnehmen zu können⁴⁴ – ein Wunsch, der sich nicht bewahrheiten sollte, im Gegenteil: Schmid, der nur an wenigen Sitzungen des Parlaments teilnehmen konnte, wurde durch den Radolfzeller Landwirt Carl Diez aus dem Reichstag gedrängt. Überaus deutlich musste man im Februar 1912 erkennen, dass der Erfolg bei der Nachwahl im Herbst des vorangegangenen Jahres nur unter äußerster Kraftanstrengung zustande gekommen war, vor allem fehlte Schmid jetzt die prominente Unterstützung von auswärts, da ja nun die gesamte Fraktion zur Neuwahl anstand⁴⁵.

Bleibende Wirkung war den von Thorbecke so energisch betriebenen Reformen innerhalb der Nationalliberalen Partei letztlich nicht beschieden: Dies lag zunächst einmal an den noch immer vorhandenen Widerständen zahlreicher nationalliberaler Lokalhonoratioren, die zum Entsetzen des Generalsekretärs auch am Vorabend des Ersten Weltkrieges noch immer nicht bereit waren, sich durchgehend auch außerhalb der Wahlkampfzeiten in ihrer Partei nachdrücklich zu engagieren⁴⁶. Problematischer noch als diese Widerstände war jedoch die finanzielle Situation der badischen Nationalliberalen; anders als der Reichsverband der NLP, der durch Spenden der Industrie und ihm nahe stehender Verbände über eine recht gute finanzielle Basis verfügte⁴⁷, war die

43 Vgl. SN 28.11.1911: Ergebnis der Stichwahl.

44 In diesem Sinne vgl. SN 31.10.1911: Zur Reichstagswahl; vgl. auch Berner: Hermann Schmid (wie Anm. 34), S. 34.

45 Zu den Reichstagswahlen 1912 im I. Badischen Wahlkreis Konstanz-Überlingen vgl. Berner: Hermann Schmid (wie Anm. 34), S. 34.

46 Vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 101-103.

47 Vgl. Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, S. 152-155.

Lage in Baden prekär⁴⁸. Freilich ließ es Thorbecke nicht an Eifer fehlen, um sowohl beim Reichsverband als auch bei der Industrie Spenden einzuwerben, doch konnten diese nur bedingt die anfallenden Kosten decken. Allein der Erfolg Schmidts in der Nachwahl im Oktober 1911 war mit Kosten von 15.000 Mark verbunden, Thorbecke hatte nur 10.000 Mark eingeplant. In den nächsten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der häufigen Wahlkämpfe (Reichstag 1912, Landtag 1913, Kommunalwahl 1914) wurde das Loch in der nationalliberalen Parteikasse stets größer – dem standen insbesondere in agrarischen Gebieten zahlreiche Orts- und Bezirksvereine gegenüber, deren Zahlungsmoral mit säumig umschrieben werden muss. Die finanziell wenig vermögenden Mitglieder konnten kaum Beiträge aufbringen. Nach Information des Organisationshandbuches waren in einigen nordbadischen Kreisen die eingegangenen Beiträge, soweit sie überhaupt eingegangen waren, nicht zu ermitteln⁴⁹. Im Jahr 1916 war der Schuldenstand der badischen NLP auf 30.000 Mark angewachsen, Parteisekretariate mussten geschlossen, die Wochenzeitschrift »Deutscher Volksbote« aufgegeben werden. Den eigentlichen Todesstoß hat dem Reformwerk Thorbeckes jedoch der Erste Weltkrieg versetzt⁵⁰: Durch Einberufungen waren erhebliche Lücken in der Organisation der Partei entstanden, zudem war in Folge eines Stillhalteabkommens mit den anderen politischen Kräften das parteipolitische Leben in diesen Jahren fast vollständig zum Erliegen gekommen. Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete auch das Ende der alten Nationalliberalen Partei, deren Spitzenkräfte in Baden überwiegend zur DDP überwechselten.

Thorbecke hatte freilich sein Amt als Generalsekretär schon im Februar 1913 aufgegeben, nachdem sich im Spätherbst 1912 die Möglichkeit ergeben hatte, an die Spitze der aufstrebenden Industriestadt Singen zu wechseln.

III.

Die junge Industriestadt Singen, an deren Spitze Thorbecke im Jahr 1912 treten sollte, hatte innerhalb nur weniger Jahrzehnte ein rasantes Wachstum durchlaufen⁵¹. Noch zur späten Mitte des 19. Jahrhunderts war Singen ein

48 Zur im Folgenden geschilderten finanziellen Lage der NLP Badens vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 105-109; Thiel: Großblockpolitik (wie Anm. 15), S. 251-255.

49 Organisationshandbuch 1914/1915 (wie Anm. 23), S. 461-463.

50 Vgl. Willock: Die Nationalliberale Partei (wie Anm. 20), S. 103 f.

51 Zur Geschichte Singens vgl. Alfred G. Frei (Hrsg.): Habermus und Suppenwürze. Singens Weg vom Bauerndorf zur Industriestadt. Konstanz 1987; Zang: Arbeiterprovinz (wie Anm. 7); zur demographischen Entwicklung vgl. Franz Kubala: Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Singen (Hohentwiel) von 1890 bis 1991, in: Herbert Berner/ Reinhard Brosig (Hrsg.): Singen. Junge Stadt. Singener Stadtgeschichte Bd. 3. Sigmaringen 1994, S. 13-17; Thomas Herzog: Singen am Hohentwiel 1871-1925. Wirtschaftliche und soziale Probleme auf dem Weg vom Dorf zur Industriestadt 1871-1925. Examensarbeit Freiburg 1979.

recht unbedeutendes Bauerndorf, das erst durch die Schaffung eines Eisenbahnknotenpunktes und damit verbunden die Ansiedelung des Nahrungsmittelherstellers Maggi sowie der Georg Fischer AG zur bedeutendsten Industriestadt des südbadischen Raumes neben Lörrach und Lahr aufgestiegen ist⁵². Einhergehend mit dem rasanten Bevölkerungswachstum kam es auch zu erheblichen Veränderungen in der örtlichen Politik und Gesellschaft: Die kommunale Politik war bis 1903 unangefochten von der Zentrums-Partei dominiert worden. Aufgrund des schnellen Wachstums der Stadt war es jedoch zur Ausbildung eines Wirtschaftsbürgertums gekommen, das sich vornehmlich aus zugezogenen Protestanten zusammensetzte, die politisch den liberalen Parteien nahe standen. Wie vielerorts kam es auch in Singen auf der kommunalen Ebene nicht zur Aufstellung mehrerer konkurrierender liberaler Listen, vielmehr traten hier Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten (bzw. später die Fortschrittliche Volkspartei) mit einer gemeinsamen Liste an⁵³. Bei den Kommunalwahlen 1903 war es den Liberalen schließlich erstmals gelungen, nicht nur, wie bislang üblich, in der Wahlklasse der Höchstbesteuerten, sondern auch bei den Mittel- und Niedrigbesteuerten eine Mehrheit zu gewinnen und somit in Bürgerausschuss und Gemeinderat zur kommunalpolitisch dominierenden Kraft aufzusteigen⁵⁴. Dies hatte zur Folge, dass der bisherige dem Zentrum nahe stehende Bürgermeister abtrat und durch den Liberalen Valentin Busch, zugleich der erste hauptamtliche Bürgermeister Singens, ersetzt wurde. Mit dessen Berufung hatten die Liberalen ohne Zweifel zu einer Professionalisierung der örtlichen Verwaltungsstrukturen beigetragen⁵⁵. Die Kommunalwahlkämpfe der Jahre 1906, 1909 und 1912 waren schließlich durch den fortdauernden Gegensatz, entsprechend der politischen Großwetterlage auf Landesebene, zwischen Liberalen und Zentrums-Partei geprägt, wobei es seit 1912 schließlich zum Aufstieg der Sozialdemokratie kam, die in diesem Jahr erstmals in den Bürgerausschuss und schon bald in den Gemeinderat ihre Mitglieder entsenden konnte⁵⁶. Hatte die Zentrums-Partei 1906 und 1909 kurzfristig nochmals die Mehrheit im Bürgerausschuss für sich gewinnen können, so war 1912 der nunmehr auch auf kommunaler Ebene gebildete Großblock erfolgreich, so dass die vereinigten

52 Zu den beiden genannten Großbetrieben und zur Entwicklung des Eisenbahnknotenpunktes Singen vgl. Detlef Stender: Arbeit und Arbeiter in der Georg Fischer AG 1895-1918, in: Zang: Arbeiterprovinz (wie Anm. 7), S. 84-126; Dieter Britz/ Reinhard Dietrich: Eisenbahn in Singen und im Hegau. Singen 1978; Kulturamt der Stadt Singen (Hrsg.): Wegbereiter Eisenbahn. Die Rolle der Eisenbahn in der Entwicklung Singens. Singen 1987.

53 Zur durchaus üblichen engen Zusammenarbeit der liberalen Parteien auf lokaler Ebene vgl. u. a. Pohl: Emanzipationsprozess (wie Anm. 30), S. 234.

54 Gert Zang: Die Herausbildung des örtlichen Großblockbündnisses, in: Zang: Arbeiterprovinz (wie Anm. 7), S. 261-275, hier S. 261-264.

55 Zang: Herausbildung Großblock (wie Anm. 54), S. 264-270.

56 Zang: Herausbildung Großblock (wie Anm. 54), S. 272, sowie Zang: Die Sozialdemokraten ziehen (wie Anm. 7).

liberalen Parteien nach dem überraschenden Tod von Bürgermeister Valentin Busch im Herbst des gleichen Jahres beanspruchten, das Bürgermeisteramt erneut mit ihrem Kandidaten besetzen zu können, wobei die Wahl auf Paul Thorbecke fiel.

Im Gegenzug versuchte die Zentrumspartei, einen Keil in den örtlichen Großblock zu treiben, indem sie – nachdem die Wahl eines Kandidaten aus den eigenen Reihen als aussichtslos angesehen werden musste – die Kandidatur Otto Moerickes⁵⁷ unterstützte. Dieser stand der Fortschrittlichen Volkspartei nahe, hatte sich als Mannheimer Stadtrechtsrat durch eine Fülle sozialreformerischer Projekte (u. a. den Bau der Mannheimer Gartenstadtsiedlung) einen Namen gemacht und konnte folglich für die linksliberalen und sozialdemokratischen Stadtverordneten als ernstzunehmende Alternative zu Thorbecke erscheinen. Die Singener Nachrichten schworen daraufhin alle liberalen und sozialdemokratischen Stadtverordneten auf Thorbecke ein, der immer wieder als Mann mit herausragenden praktischen Erfahrungen und von »eiserner Gesundheit« gerühmt wurde, dem gegenüber Moericke als »ziemlich nervöser, stark überarbeiteter Mann« charakterisiert wurde, bei dem zudem ein »stark bürokratischer Einschlag« konstatiert werden müsse. Zudem habe Moericke als Großstadtmensch nicht das notwendige Verständnis für die Belange einer angehenden Mittelstadt wie Singen⁵⁸. Die Taktik ging auf, Thorbecke wurde mit 46 Stimmen des Singener Großblockes gewählt, Moericke erhielt demgegenüber 33 Stimmen, »und zwar die des Zentrums und auch nicht eine mehr«. Nur ein Mitglied der Großblockparteien enthielt sich bei der Bürgermeisterwahl; zufrieden stellten die Singener Nachrichten fest, bei den Großblockvertretern im Bürgerausschuss handle es sich um Männer und nicht um »Waschlappen«, die, selbst wenn sie Thorbecke nicht wählten, unter keinen Umständen einem vom Zentrum unterstützten Kandidaten ihre Stimme gäben⁵⁹.

Von den Oberbürgermeistern in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hat Gustav Stresemann einmal festgestellt, dass es sich bei diesen neben den Großindustriellen in Wahrheit um die »Könige der Gegenwart«⁶⁰ handle. Diese Feststellung trifft insbesondere auf die Bürger- und Oberbürgermeister im Zeitalter des Wilhelminismus zu, denn diese verfügten nicht nur auf Grund

57 Zum späteren Oberbürgermeister der Stadt Konstanz vgl. Werner Trapp: Vergessen und Erinnern. Versuch einer Annäherung an Otto Moericke, Konstanzer Oberbürgermeister der Weimarer Zeit. In: Otto Moericke: Erinnerungen. Mit einer Einleitung von Werner Trapp. Herausgegeben von Helmut Maurer. Sigmaringen 1985, S. 9-17.

58 Zur hier vorgestellten Charakterisierung Thorbeckes und Moerickes vgl. SN 2.12.1911 sowie Gert Zang (Hrsg.): Arbeiterleben in einer Randregion. Die allmähliche Entstehung der Arbeiterbewegung in einer rasch wachsenden Industriestadt Singen a. H. 1895-1933. Konstanz 1987, S. 110 f.

59 SN 3.12.1911.

60 Zit. nach Marie-Luise Recker: Konrad Adenauer: Leben und Politik. München 2010, S. 19.

ihrer langen Amtszeiten – in Preußen zwölf, in Baden immerhin noch neun Jahre – über erheblichen politischen Gestaltungsspielraum, sondern aufgrund der prosperierenden Wirtschaftslage auch über gefüllte Kassen, die Investitionen ermöglichten und das Gesicht der Städte am Beginn des 20. Jahrhunderts nachhaltig prägten. Somit herrschte auch Thorbecke, um den Vergleich Stresemanns noch einmal aufzugreifen, über ein zwar sehr kleines, dabei aber rasant expandierendes Königreich. Zwischen 1904 und 1912 war Singen von 4.500 auf 10.500 Einwohner gewachsen⁶¹. Mit diesem Wachstum einhergehend war es neben der Gründung eines Aluminiumwalzwerkes zur Ansiedelung einer Hanfspinnerei und Seilfabrik sowie einer Glasmanufaktur gekommen. Gleichzeitig war die örtliche Behördeninfrastruktur u. a. durch den Bau einer neuen Post und Gründung eines Realgymnasiums gestärkt worden. Einhergehend mit dem schnellen Wachstum der Stadt hatte sich freilich der Wohnraumangel als ernst zu nehmendes Problem erwiesen, weshalb sich Thorbecke bereits in seiner Antrittsrede diesem Thema besonders widmete. Ziel müsse es sein, dass die Stadt sich frühzeitig Grund und Boden sichere, um Einfluss auf den Grundstückswert und Grundstücksmarkt zu bekommen; unterstützt werden sollten insbesondere die überaus segensreichen Baugenossenschaften, gleichzeitig sollte der Charakter Singens als Gartenstadt bewahrt werden. Zudem galt es auch die zahlenmäßig immer stärker an Bedeutung gewinnende Arbeiterschaft politisch und gesellschaftlich zu integrieren, weshalb sich Thorbecke insbesondere für die Hebung der unteren Bevölkerungsschichten einsetzen wollte und in der rasch aufstrebenden Gemeinde eine geschickte Handhabung des Armenwesens versprach⁶².

In seinen ersten Amtshandlungen konnte Thorbecke relativ problemlos an die Arbeiten seines Vorgängers anknüpfen⁶³. Als überaus glanzvoll und dem Sensationsbedürfnis der damaligen Zeit entsprechend gestaltete sich im Februar 1913 der erste Singener Flugtag, der auch in der benachbarten Schweiz auf Interesse stieß. Noch im gleichen Jahr konnten Erweiterungsbauten am Bahnhof, die Fortführung der Kanalisation in den Singener Hauptstraßen sowie der Neubau eines Schlachthofes in Angriff genommen werden. Den wahrscheinlich größten Erfolg Thorbeckes in seinem ersten Amtsjahr bedeutete die Indienstellung der Bahnlinie von Singen über Büßlingen nach Beuren (Randenbahn), nachdem über Jahre hinweg der Singener Abgeordnete Schmid für dieses Projekt im Landtag geworben und die Stadt bereits zuvor den Ausbau

61 Zur Entwicklung der örtlichen Infrastruktur unter Thorbeckes Amtsvorgänger vgl. Reinhold Kappes: Singener Bürgermeister und Ehrenbürger von 1899 bis heute, in: Berner/ Brosig: Singen. Junge Stadt (wie Anm. 51), S. 167-203, hier S. 167-169.

62 Die Antrittsrede Thorbeckes in: SN 28.11.1912; vgl. auch Zang: Die Sozialdemokraten ziehen (wie Anm. 7), S. 326.

63 Zu den Aktivitäten Thorbeckes in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Kappes: Singener Bürgermeister (wie Anm. 61), S. 169.

der Bahn mit 9.000 Mark mitfinanziert hatte⁶⁴. Damit war das Zeitalter der Postkutsche in Singen endgültig vorbei, der Eisenbahnknotenpunkt war ein weiteres Mal gestärkt worden.

Dieser durchaus hoffnungsvolle Beginn wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges jäh zerstört. Die Stadt und damit auch ihr Bürgermeister sahen sich nunmehr vor gänzlich andere Probleme gestellt, die Singen gleichwohl in gewissem Grade internationale Aufmerksamkeit beschern sollten: Bedeutung erlangte Singen insbesondere als Übernahmestelle für deutsche Zivilinternierte aus Frankreich, genauso wie im Gegenzug französische und später italienische Zivilinternierte zunächst in Singen gesammelt und von dort aus über die Schweiz an ihre Heimatländer zurück überstellt wurden⁶⁵. Bereits im September 1914 hatte sich der schweizerische Bundesrat dazu bereit gefunden, beim Austausch von Zivilinternierten zwischen den Mittelmächten und der Entente zu vermitteln. Der Austausch der beiderseitigen Gefangenen sollte dabei entlang der Bahnlinie Singen – Etzwilen – Winterthur – Zürich und Genf erfolgen. Thorbecke, als Bürgermeister Singens, hatte dabei zusammen mit dem Vorstand des badischen Roten Kreuzes und der Vorsitzenden der badischen Frauenvereine die schwierige Aufgabe, die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bzw. Internierten zu gewährleisten. In diesem Sinne musste sich der Bürgermeister bei den örtlichen Betrieben, Maggi und Georg Fischer, freilich aber auch bei Hotels und Gaststätten um die Bereitstellung von Massenquartieren bemühen. In diesem Zusammenhang kam es zur Errichtung eines Baracken- und Zeltorfes vor den Maggi-Werken, in dem 700 heimkehrende deutsche Zivilinternierte für jeweils drei bis vier Tage, solange bis sämtliche Formalitäten wie die Feststellung der deutschen Staatsbürgerschaft und die Ausstellung von Passierscheinen erledigt waren, Platz finden sollten.

Bei einer Besprechung Thorbeckes mit den zuständigen Instanzen des badischen Innenministeriums rechnete man mit etwa 20.000 Menschen, die zeitweilig in Singen untergebracht werden müssten. Diese Zahl wurde jedoch massiv überschritten. Während des gesamten Krieges mussten ca. 100.000 bis 150.000 Kriegsgefangene im Rahmen ihres Austausches in Singen Station machen. Mehrfach hatte während des Krieges der Glaube geherrscht, dass der Strom an Zivilinternierten nunmehr abbrechen würde, so dass bereits zweimal über den Abbruch des Barackenlagers, in dem die Gefangenen bzw. Flüchtlinge untergebracht waren, verhandelt wurde – so lange, bis jeweils ein neuer Strom einsetzte, der beispielsweise durch den Kriegseintritt Italiens 1915

64 Zur Randenbahn vgl. Britz/ Dietrich: Eisenbahn im Hegau (wie Anm. 52), S. 83-100; Kulturamt der Stadt Singen: Wegbereiter Eisenbahn (wie Anm. 52), S. 23-30.

65 Zum Folgenden vgl. Reinhard Brosig: Singen im Ersten Weltkrieg, in: Berner/ Brosig: Singen. Junge Stadt (wie Anm. 51), S. 43-54, hier: S. 47-50; auch Kappes: Singener Bürgermeister (wie Anm. 61), S. 169 f.

bedingt wurde. Der stärkste Flüchtlingsstrom wurde übrigens im Februar 1916 registriert. Gemäß einem Bericht Thorbeckes an das Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wurden allein in diesem Monat über 1100 Flüchtlinge in Singen untergebracht⁶⁶.

Konnte man Thorbecke und der Stadtverwaltung angesichts der enormen Beanspruchung der Stadt als Übernahmestelle für Zivilinternierte ein insgesamt mehr als positives Zeugnis ausstellen, so sahen sich Bürgermeister und Stadtverwaltung in Singen, wie überall im Ersten Weltkrieg, insbesondere mit Blick auf Lebensmittelversorgung und Wohnraumbeschaffung vor immense Probleme gestellt. Bei der Lebensmittelversorgung galt dies in besonderem Maße im Hinblick auf Milch, die aus der benachbarten Schweiz bezogen wurde. Da sich jedoch seit Kriegsbeginn die Mark gegenüber dem Schweizer Franken in einem schleichenden Verfall befand, kam es zu einer allmählichen Verteuerung der Milch, der die Stadt nur mit Subventionen entgegenzutreten konnte, ohne jedoch 1917 eine Erhöhung des Milchpreises verhindern zu können⁶⁷.

Als problematisch erwies sich zudem die während des Krieges nunmehr verschärfte Wohnungsnot: Einerseits kam es zum vollständigen Zusammenbruch der Baukonjunktur, während andererseits die Georg Fischer AG auf Grund der Heeresaufträge zahlreiche neue Arbeitskräfte benötigte, die vor Ort untergebracht werden mussten. Weiter verschärft wurde die Raumsituation durch die Einrichtung eines Lazarets in Singen, in dem zeitweise bis zu 230 Soldaten gepflegt wurden⁶⁸.

Trotz dieser in vielerlei Hinsicht spürbaren Kriegsnot ist es das Verdienst Thorbeckes, mit einer ganzen Reihe von sozialen Maßnahmen u. a. mit Gehaltserhöhungen für städtische Bedienstete wie auch durch Fördermaßnahmen für Handwerk und Mittelstand Verteilungskonflikte innerhalb der Stadt umgangen zu haben⁶⁹. Anders als in anderen Industriestädten kam es in Singen weder zu nennenswerten Streikaktionen noch zur Etablierung der radikalen Linken in Form der USPD. Im Gegenteil: Während des gesamten Krieges gestaltete sich die Zusammenarbeit des Bürgermeisters mit allen Ratsfraktionen als überaus einvernehmlich, wobei weitreichende Pläne für die Moderni-

66 Zu den Zahlen der in Singen beherbergten Kriegsgefangenen und Flüchtlinge vgl. Brosig: Singen im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 65), S. 48 f.

67 Zur Frage der Nahrungsmittelversorgung vgl. SN 21.10.1917; zur Milchversorgung und den damit einhergehenden Problemen vgl. Volkswacht (VW) 20.2.1917 sowie Gert Zang: Die Uneinigkeit über den Krieg und die Einigkeit im Krieg über die Zukunftsperspektiven der Stadt, in: Zang: Arbeiterprovinz (wie Anm. 7), S. 343-359, hier S. 349; zu Singen als Lazarettstadt vgl. Brosig: Singen im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 65), S. 47.

68 Zur Wohnungsnot in Singen vgl. Zang: Uneinigkeit und Einigkeit (wie Anm. 67), S. 347-349; Frieda Retzer: Die Auswirkungen des ersten Weltkrieges in den Jahren 1918 und 1919 in der Stadt Singen a. H. anhand der Singener Nachrichten, der Oberländer Zeitung und der Konstanzer Zeitung. Zulassungsarbeit PH Freiburg 1969, S. 20-23.

69 Vgl. VW (wie Anm. 67) 20.2.1917.

sierung der städtischen Infrastruktur geschmiedet wurden. So erlebte die Stadt durch die Heeresaufträge für die Georg Fischer AG eine bemerkenswerte Kriegskonjunktur, die ihren Niederschlag sowohl im massiven Ansteigen der Steuereinnahmen⁷⁰ wie auch der Beschäftigtenzahlen⁷¹ fand. Für Bürgermeister und Ratsfraktionen war dies Anlass, im Gemeinderat über die Beteiligung der Stadt am Bau des Hochrheinkanals, die Schaffung eines Stichkanals von Singen an den Hochrhein, den Bau eines neuen Gas- und E-Werks und eines Singener Hafens mit angeschlossener Lagerhalle zu debattieren⁷². Die hier erörterten Planungen zur Stärkung der örtlichen Infrastruktur sollten auch die Lebensperspektive der Arbeiterschaft stärken, so dass es dem Bürgermeister und den bürgerlichen Ratsfraktionen ohne weiteres gelang, auch die Sozialdemokratie für die Mitarbeit bei derartigen Planungen zu gewinnen⁷³. Die Novemberrevolution verlief in Singen – wie in fast allen badischen Städten, ausgenommen vielleicht Mannheim – unspektakulär. Die Politik Thorbeckes in den kritischen Momenten im November 1918 zielte dabei darauf ab, »die gesellschaftlichen Kräfte der Stadt in Balance zu halten und auf diese Weise größere Risse im Gebäude der örtlichen Gesellschaft, ja ein Beben und am Ende Verwerfungen und Umbrüche zu verhindern«⁷⁴. So ermahnte der Bürgermeister in einer Versammlung in der örtlichen Oberrealschule am 10. November gleichermaßen die örtlichen Vertreter der Arbeiterschaft zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung⁷⁵, genauso wie er im Gegenzug den Bauern der umliegenden Dörfer einschärfte, ihrer Lieferpflicht nachzukommen. Aufgabe der Eisenbahner sei es, diese Lieferung pünktlich und schnell durchzuführen. Scharf kritisiert wurde von Thorbecke dagegen die von der nunmehr in Karlsruhe gebildeten Vorläufigen Volksregierung verfügte Erhöhung der Milchpreise, deren Vollstreckung er verweigerte. Thorbeckes Bestreben zielte klar auf die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung⁷⁶ – folglich wurde ein Blick auf die Vorkehrungen der Gemeinde, um diese für die nächsten Wochen sicherzustellen, geworfen; zudem versprach Thorbecke, sich in Kooperation mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nachdrücklich dafür einzusetzen, dass alle heimkehrenden Soldaten ihren bisherigen Arbeitsplatz zurückbekommen sollten. Im Gegenzug müsse »jeder Ausländer weichen und fremde Arbeiter sind nicht mehr

70 Vgl. SN 19.1.1918

71 Herzog: Singen am Hohentwiel 1871-1925 (wie Anm. 51), S. 137-138.

72 Zu den Planungen der Stadtentwicklung Singens in den Jahren des Ersten Weltkriegs vgl. die Berichterstattung über die Bürgerversammlung vom 22.10.1917, in den SN 23.10.1917, Singener Zeitung (SZ) 23.10.1917, VW 23.10.1917; sowie Zang: Uneinigkeit und Einigkeit (wie Anm. 67), S. 350.

73 Vgl. Zang: Uneinigkeit und Einigkeit (wie Anm. 67), S. 355.

74 Vgl. Zang: Uneinigkeit und Einigkeit (wie Anm. 67), S. 355.

75 Zum Folgenden vgl. SZ 11.11.1918.

76 Zur Lebensmittelversorgung in Singen im Winter 1918/1919 vgl. auch Retzer: Auswirkungen (wie Anm. 68), S. 5-16.

hierher zu bringen«⁷⁷. Thorbecke wollte also verhindern, dass durch den Zuzug neuer Arbeitskräfte der insgesamt stabile lokale Kosmos gestört würde und neue Unwägbarkeiten in das lokale System eingeführt würden⁷⁸. Bei seinen Ausführungen konnte Thorbecke auf die Unterstützung der Singener Gewerkschaftsführer rechnen, die versprachen, jedweder Unruhe entgegenzutreten und ihre Forderungen im gesetzlichen Rahmen zur Geltung zu bringen.

Insgesamt kann man für die Novemberrevolution mit Gert Zang von einem »unmerklichen Hinübergleiten in die neue Zeit«⁷⁹ respektive neue Staatsform sprechen. Das erfolgreiche Krisenmanagement in Singen wie auch der Vorläufigen Volksregierung in Karlsruhe ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass in Baden wie in Singen die Sozialdemokratie im Rahmen des Großblockbündnisses bereits an den bestehenden Staat herangeführt worden war. Gerade weil die SPD in den maßgeblichen Entscheidungsgremien zumindest ein Stück weit vertreten war, gerade weil SPD und Liberale auf Landes- wie auf kommunaler Ebene schon gemeinsame Ziele verwirklicht hatten, nahmen die Singener Arbeiterführer davon Abstand, eine grundlegende Umwälzung des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems anzuvisieren. Vielmehr hatten sie jetzt ihr Ziel, die vollständige Gleichberechtigung der Arbeiterschaft innerhalb des bestehenden Systems zu erlangen, erreicht. – Kurzum: Der weitgehend unblutige Umsturz in Baden war nicht zuletzt Ergebnis der von Thorbecke auf Landes- wie auf kommunaler Ebene maßgeblich mitverantworteten Großblockpolitik. – Dennoch, mit dem Ende des Kaiserreiches war das Ende der politischen Karriere Thorbeckes erreicht. Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich gegen ihn gewandt. Nach der nunmehr vollständigen Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes im Jahr 1919 wurden die liberalen Parteien auch im Singener Gemeinderat in eine Nebenrolle gedrängt. Mehrheitsfraktionen waren jetzt im Singener Gemeinderat – wie auch im Badischen Landtag – Zentrum und SPD⁸⁰. Thorbecke hat hieraus die Konsequenz gezogen und ist 1919, weit vor dem Ablauf seiner Amtszeit, als Bürgermeister zurückgetreten⁸¹.

In den folgenden Jahren hat er sich in Konstanz als Anwalt niedergelassen, wobei seine Karriere auf diesem Gebiet durch offenbar mehrfache Unter-

77 SZ 11.11.1918.

78 Vgl. Zang: Uneinigkeit und Einigkeit (wie Anm. 67), S. 355.

79 Zang: Das unmerkliche Hinübergleiten in die neue Zeit: die verwaltete, fast harmonisch verlaufende Revolution von 1918/19, in: Zang: Arbeiterprovinz (wie Anm. 7), S. 360-383.

80 Bei den Kommunalwahlen in Singen im Frühjahr 1919 konnte die DDP lediglich 11 Sitze erringen, das Zentrum dagegen 24, die SPD 21 und die USPD 4; folglich stellten Zentrum und SPD nunmehr je 5, die Demokraten lediglich noch 2 Stadträte – vgl. Retzer: Auswirkungen erster Weltkrieg (wie Anm. 68), S. 61 f.

81 Zum Rücktritt Thorbeckes als Bürgermeister vgl. Kappes: Singener Bürgermeister (wie Anm. 61), S. 170; Retzer: Auswirkungen (wie Anm. 68), S. 62.

schlagungen verdunkelt wird, was 1927 nach einem Bericht des »Thurgauer Volksfreundes« seinen Ausschluss aus der badischen Anwaltskammer zur Folge hatte⁸². Bedauerlicherweise lässt sich nicht mehr nachvollziehen, welche Anschuldigungen Thorbecke im Einzelnen zur Last gelegt wurden, da die Akten der Badischen Anwaltskammer durch Kriegsschaden verloren gegangen sind. Bekannt ist von Thorbecke lediglich noch, dass dieser nach Oberstdorf übersiedelt ist, wo er 1928 verstarb.

IV.

Als Generalsekretär der Badischen Nationalliberalen ist es das Verdienst Thorbeckes bereits in jungen Jahren seine Partei einer grundlegenden Reorganisation unterzogen zu haben. So gelang es Thorbecke überhaupt erstmalig der Parteileitung einen Überblick über die einzelnen liberalen Vereine auf Orts- und Bezirksebene zu verschaffen, mit diesen in regelmäßige Korrespondenz zu treten und dabei vielen Abgeordneten die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Bearbeitung ihrer Wählerschaft, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, einzuschärfen. Gefördert wurde die öffentliche Präsenz der Nationalliberalen unter Thorbecke zudem durch landesweite Gründung von Parteisekretariaten, die Herausgabe einer nationalliberalen Schriftenreihe und eine verbesserte Koordinierung der Pressearbeit: So sollten die den nationalliberalen nahe stehenden Zeitungen durch die Herausgabe einer Parlamentskorrespondenz auf eine einheitliche Linie eingeschworen werden. Durch die erstmalige Gründung von Fachausschüssen sollten schließlich möglichst breite Wählerschichten für die nationalliberale Politik gewonnen werden. Den Erfolg der Maßnahmen Thorbeckes zeigt dabei nicht nur die zeitweilige Wiedergewinnung von Wahlkreisen, die seit Jahrzehnten die Zentrumspartei besetzt hatte, sondern auch die Tatsache, dass die Zentrumspartei das Modell der Nationalliberalen kopierte und 1911 ebenfalls ein Generalsekretariat schuf.

Nur verhältnismäßig wenig Spielraum hatte Thorbecke nach seinem Wechsel als Bürgermeister an die Spitze der jungen aufstrebenden Industriestadt Singen. Hier konnte er zwar noch einige Projekte zum Ausbau der städtischen Infrastruktur realisieren, musste sich jedoch ab 1914 in erster Linie mit den Problemen auseinandersetzen, die sich durch den Umstand ergaben, dass die Stadt zur Austauschstelle für Zivilinternierte wurde und während der Kriegsjahre über 100.000 Flüchtlinge bzw. Zivilinternierte beherbergen musste. Daneben war es das Verdienst des Bürgermeisters, dafür gesorgt zu haben, dass der Umsturz im November 1918 in Singen ohne größere Ausschreitung

82 Vgl. die Mitteilung im Thurgauer Volksfreund 17.12.1927.

verlaufen ist. Möglich war dies freilich nicht zuletzt dadurch, dass die Vertreter der Arbeiterschaft auf lokaler wie auch auf Landesebene, zumindest partiell in Entscheidungsstrukturen eingebunden waren, weshalb ihnen der Gedanke eines gewaltsamen Umsturzes fern lag. Mit dem Herabsinken der badischen Liberalen zu einer Kraft dritten Ranges war nicht nur das Ende der liberalen Ära Badens, sondern auch das der Laufbahn Thorbeckes als eines der Spitzenvertreter der Nationalliberalen im Zeitalter des Spätwilhelminismus erreicht.

